



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Jahresbericht 2010

des Bundesrates über die Teilnahme der Schweiz am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und an der Partnerschaft für den Frieden

Bern, 23. März 2011

Inhaltsverzeichnis

1. Überblick	3
2. Konsultationen im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC)	5
2.1 Treffen der Verteidigungsminister	5
2.2 Treffen der Armeechefs	5
2.3 Politische Konsultationen und Treffen auf Ebene der Botschafter	6
2.4 Ständige militärische Vertretung und Treffen des Militärausschusses	7
3. Zusammenarbeit in der Partnerschaft für den Frieden (PfP)	8
3.1 Zusammenarbeit in zivilen Bereichen	8
3.1.1 Sicherheitssektorreform, Aufbau von Verteidigungsinstitutionen	8
3.1.2 Humanitäres Völkerrecht	9
3.1.3 Beteiligung der Schweiz an Treuhandfonds	9
3.1.4 Zivile Notfallplanung	10
3.1.5 Zusammenarbeit im Bereich Krisenmanagement	11
3.1.6 Weitere zivile Aktivitäten	11
3.2 Zusammenarbeit in militärischen Bereichen	12
3.2.1 Verbesserung der militärischen Zusammenarbeitsfähigkeit	12
3.2.2 Zusammenarbeit in spezifischen Themenbereichen	13
3.2.3 Ausbildungsangebote und regionale Unterstützungsprogramme	14
4. Aktivitäten der Genfer Zentren und der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich	15
4.1 Genfer Zentrum für die Demokratische Kontrolle der Streitkräfte	15
4.2 Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik	16
4.3 Forschungsstelle für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich	17
5. Anhang	18
5.1 PfP-Ausbildungskurse der Schweiz	18
5.2 Weitere EAPC/PfP-Veranstaltungen der Schweiz	21
5.3 Finanzen	22
5.4 Abkürzungen	23
5.5 Links	23

1. Überblick

Dominierende Themen in der Nato waren 2010 einerseits die Ausarbeitung des neuen Strategischen Konzepts und die damit verbundene Reformdiskussion, andererseits die friedensunterstützenden Operationen in Afghanistan (ISAF) und im Kosovo (KFOR). Letztere waren wie in den vorangehenden Jahren jeweils auch zentraler Gegenstand der sicherheitspolitischen Konsultationen im Rahmen des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates (EAPC). An beiden Operationen, die unter einem Mandat der UNO erfolgen und von der Nato geführt werden, beteiligen sich neben Mitgliedstaaten der Allianz auch zahlreiche Partnerstaaten, die zu den entsprechenden Konsultationen und einsatzbezogenen Gesprächen regelmässig beigezogen werden.

Zu den Partnerstaaten, die sich an friedensunterstützenden Operationen der Nato beteiligen, gehört auch die Schweiz. Seit der Beendigung ihrer militärischen Beteiligung am Einsatz in Afghanistan nimmt die Schweiz nur noch an den Konsultationen zum Kosovo-Einsatz teil, wo sie weiterhin ein militärisches Kontingent von rund 220 Soldaten und zwei Transporthelikoptern unterhält. Der Bundesrat hat am 17. November 2010 die Fortführung des Einsatzes der Swisscoy in der KFOR bis zum 31. Dezember 2014 beschlossen. Der Einsatz bedarf noch der Genehmigung durch die Bundesversammlung.

Die Lage in Kosovo und die künftige Rolle der KFOR wurde in verschiedenen Gremien diskutiert, dies auch vor dem Hintergrund der 2009 begonnenen schrittweisen Reduktion der Truppenstärke in Kosovo. Dabei wurden die in der KFOR engagierten Partner wieder besser in die Entscheidungsvorbereitung eingebunden. Ende Oktober 2010 beschloss die Nato, den zweiten Reduktionsschritt von 10'000 KFOR-Angehörigen auf rund 5700 einzuleiten. Damit verbunden ist eine Anpassung von Struktur und Aufgaben der KFOR, und zwar hauptsächlich durch eine Schwergewichtsverschiebung der Aufgaben weg von der Gewährleistung von Sicherheit hin zu verstärkter Überwachung und Ausbildung sowie zum Aufbau von lokalen Kapazitäten. Diese verschiedenen Veränderungen der bestandesmässigen und operativen Ausrichtung der KFOR hatten seit Frühjahr 2010 auch Auswirkungen auf Struktur und Aufgaben der Swisscoy. Einerseits wurden die Infanterieleistungen signifikant reduziert, andererseits wurden die Leistungen in Bereichen wie Logistik und Transport, Genie und Kampfmittelbeseitigung oder Nachrichten- und Informationsbeschaffung beibehalten oder sogar ausgebaut, so beispielsweise durch die Entsendung von vier *Liaison and Monitoring Teams* (LMT).

Die friedensunterstützende Operation in Afghanistan war weiterhin das dominante Thema auf der Agenda der Nato und stand im Zentrum der verschiedenen Treffen, insbesondere auch der militärischen Konsultationen. Die flexibleren Konsultationsformate – bei denen die Nato die truppenstellenden Partner und situativ weitere wichtige Akteure einlädt – wurden regelmässig für die Diskussion der ISAF und der KFOR genutzt. Seit der Beendigung ihres militärischen Engagements in Afghanistan ist die Schweiz an den ISAF-Treffen nicht mehr präsent und damit auch vom Informationsfluss der Nato zum Thema Afghanistan abgeschnitten.

Die Bilanz der politischen Konsultationen fällt im Jahr 2010 insgesamt ambivalent aus. Die Konsultationen waren stärker auf konkrete operative Themen fokussiert und teilweise von grösserer Relevanz als in den Vorjahren. So lieferten beispielsweise die USA wiederholt Informationen aus erster Hand, etwa zum neuen Start-Vertrag über die Abrüstung von Nuklearwaffen oder zu ihrer Verteidigungsplanung im Rahmen der *Quadrennial Defense Review*. Der Nato-Generalsekretär prägte seinerseits den Verhandlungs-, Konsultations- und Ausarbeitungsprozess zum neuen Strategischen Konzept der Allianz und zeigte dabei auch Offenheit gegenüber den Ansichten der Partner. So konnten die Schweiz und die anderen Mitglieder der Gruppe der allianzfreien und neutralen Staaten Westeuropas (WEP-5) ihren Positionen und Vorstellungen wiederholt Gehör verschaffen.

Auf der anderen Seite hat der politische Dialog im traditionellen EAPC-Rahmen in den letzten Jahren an Dynamik eingebüsst, namentlich im Vergleich zu den Bedürfnissen, welche die Operationen hervorrufen. Die Nato hat, gerade auch angesichts dieser Bedürfnisse, ihr Partnerschaftsnetzwerk geografisch ausgeweitet, auf Regionen wie den Mittle-

ren Osten oder den asiatisch-pazifischen Raum. Ausserdem sind mit der Erweiterung der Nato zahlreiche mittel- und osteuropäische Staaten, die im EAPC-Rahmen eine aktive Rolle spielten, mittlerweile der Allianz beigetreten, sodass die verbliebenen Partnerstaaten disparate Gruppen mit unterschiedlichen Interessen bilden (Gruppe der allianzfreien und neutralen Staaten Westeuropas, der Staaten in Südost- und Osteuropa, des Südkaukasus und Zentralasiens).

Für die Zukunft zeichnet sich jedoch als Folge des Gipfels von Lissabon (siehe auch unten) eine neue Entwicklung ab, die zu einer Wiederaufwertung des politischen Dialogs und zu grösserer Flexibilität bei der Gestaltung der verschiedenen Treffen führen könnte. Damit könnten sich auch Partner wie die Schweiz verstärkt in die sicherheitspolitischen Diskussionen einbringen. Überdies ist nicht ausgeschlossen, dass laufende militärische Einsätze in der Nato mittelfristig einen etwas weniger zentralen Stellenwert erhalten werden. Dies vor dem Hintergrund der am Nato-Gipfel von Lissabon vorsichtig geäusserten Rückzugsabsichten aus Afghanistan, aber auch im Lichte der laufenden Reduktion der KFOR.

Der Nato-Gipfel von Lissabon vom 19./20. November befasste sich hauptsächlich mit der Verabschiedung des neuen Strategischen Konzepts, dem Aufbau einer allianzweiten Raketenabwehr, dem künftigen Engagement in Afghanistan, der Verbesserung der Beziehungen zu Russland und den Nato-internen Reformprozessen. Aus Sicht der Partner speziell hervorzuheben ist die erhöhte Bedeutung, welche die Nato Themen wie Cyber-Bedrohungen oder Energiesicherheit zukommen lassen will sowie die Absicht, sich in der zivilen Krisenbewältigung verstärkt zu engagieren. Schliesslich wurde am Gipfel von Lissabon auch die Bedeutung bestehender Partnerschaften wie des EAPC und der zivilen Beiträge, welche die Partner leisten, bekräftigt. Andererseits fanden in Lissabon weder ein Treffen im Rahmen des EAPC noch eines der für die KFOR Truppen stellenden Staaten statt, sodass die Schweiz am Treffen nicht präsent war.

In der Partnerschaft für den Frieden hat die Schweiz ihre praktische Zusammenarbeit im bisherigen Stil weitergeführt: Die Teilnahme von Einzelpersonen an einzelnen Übungen und Kursen diente dazu, die militärische Zusammenarbeitsfähigkeit mit Partnerstaaten im Hinblick auf friedensfördernde Operationen oder die Unterstützung humanitärer Einsätze zu verbessern. Die Schweiz unterstützte weiterhin ausgewählte Partnerstaaten, vor allem in Südosteuropa, aber auch in Osteuropa, dem Kaukasus und verstärkt im Mittelmeerraum beim Aufbau demokratischer Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen und bei der sicheren Verwahrung und Vernichtung von Munition, Kleinwaffen und Personenminen.

Die Schweiz bot den Partnerstaaten rund 21 PfP-Ausbildungskurse - inklusive der Kurse der Genfer Zentren - an, mit den gewohnten Schwerpunkten: humanitäres Völkerrecht, zivil-militärische Zusammenarbeit, Unteroffiziersausbildung, Kommunikationstraining, Abrüstung und Rüstungskontrolle, Gebirgstraining und allgemeine sicherheitspolitische Ausbildung. Das Kursangebot bewegte sich damit quantitativ und inhaltlich in einem ähnlichen Rahmen wie bisher.

2. Konsultationen im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC)

2.1 Treffen der Verteidigungsminister

Die Nato-Verteidigungsminister kamen im Rahmen ihres jährlichen Treffens im Juni auch mit Vertretern aus den für die KFOR Truppen stellenden Partnerländern zusammen. Seitens der Schweiz nahm eine von Botschafter Christian Catrina, Chef Sicherheitspolitik im VBS, geleitete Delegation am Arbeitstreffen teil. Dabei ging es zur Hauptsache darum, die Lage im Kosovo im Lichte der schrittweise erfolgenden Truppenreduktion und die künftige Rolle der KFOR zu diskutieren. Das Treffen wurde daneben auch zum Anlass genommen, den Bericht über die Umsetzung der Resolution 1325 des UNO-Sicherheitsrates „Frauen, Frieden und Sicherheit“ in Nato-geführten Operationen zu verabschieden.

Das von der Nato beschlossene Konzept zur Reduktion der Truppenstärke in Kosovo von anfänglich rund 14'000 KFOR-Angehörigen auf letztlich rund 2300 findet in drei Etappen statt. Bei den Gesprächen im Juni stand die Koordination der zweiten Etappe (Reduktion auf rund 5700 KFOR-Angehörige) und die damit verbundene Anpassung des Dispositivs im Vordergrund. Die drohende ungleichmässige Erosion der KFOR-Kontingente konnte jedoch erst nach weiteren Treffen und Aufrufen an die für die KFOR Truppen stellenden Länder verhindert werden. In der Folge konnte die Nato Ende Oktober 2010 den zweiten Reduktionsschritt von 10'000 KFOR-Angehörigen auf rund 5700 einleiten.

Damit verbunden ist eine Anpassung von Struktur und Aufgaben der KFOR, und zwar hauptsächlich durch eine Schwergewichtsverschiebung der Aufgaben weg von der Gewährleistung von Sicherheit hin zu verstärkter Überwachung – und damit flexiblerem Reaktionsvermögen - und Ausbildung sowie zum Aufbau von lokalen Kapazitäten. Die verschiedenen Veränderungen der bestandesmässigen und operativen Ausrichtung der KFOR hatten seit Frühjahr 2010 auch Auswirkungen auf Struktur und Aufgaben der *Swisscoy*. Während die Infanterieleistungen signifikant reduziert worden sind, werden die Leistungen in anderen Bereichen wie Logistik und Transport, Genie und Kampfmittelbeseitigung oder Nachrichten- und Informationsbeschaffung beibehalten oder ausgebaut, so beispielsweise durch die Entsendung von mindestens vier *Liaison and Monitoring Teams* (LMT). Am 17. November 2010 beschloss der Bundesrat die Fortführung des Einsatzes der *Swisscoy* in der KFOR bis zum 31. Dezember 2014. Der Einsatz bedarf noch der Genehmigung durch die Bundesversammlung.

2.2 Treffen der Armeechefs

Das Treffen der Armeechefs der Nato-Staaten mit denjenigen der PfP-Staaten fand im Januar statt. Wichtigstes Thema war die neue Möglichkeit für Partner, sich an der NRF (*Nato Response Force*) zu beteiligen. Partnernationen können demnach gemäss eigenem Wunsch militärische Beiträge gleich welcher Art, Grösse und Bereitschaft in den sogenannten *NRF Force Pool* einmelden; einzige Bedingung ist, dass die eingemeldete Verbandsleistung den Standards der Nato entspricht. Während beispielsweise Finnland die Absicht bekräftigte, von diesem neuen Angebot Gebrauch zu machen, ist die Einmeldung eines schweizerischen Beitrages in den *NRF Force Pool* kein Thema.

Wie üblich fanden im Rahmen des Treffens zahlreiche Gesprächsrunden in anderen Formaten – Nato-Staaten unter sich, Nato-Russland-Rat, Nato-Ukraine-Kommission, Nato und die Staaten des Mittelmeerdialoges – statt, sodass sich viele Gelegenheiten für die Netzwerkpflege und bilaterale Kontakte ergaben.

Schliesslich kam es auch zu verschiedenen Treffen im Rahmen der für die KFOR Truppen stellenden Staaten. Am entsprechenden Treffen auf Stufe der Armeechefs nahm im Mai auch der Chef der Armee teil. Die Tatsache, dass bei diesem Treffen alle sicherheitsrelevanten Themen des Einsatzes angesprochen wurden, zeigt, dass die Nato gewillt ist, die auf Anregung der Partner versprochene Steigerung der Relevanz dieser Treffen auf höchster militärischer Stufe einzulösen.

2.3 Politische Konsultationen und Treffen auf Ebene der Botschafter

Im Berichtsjahr fanden insgesamt neun Treffen auf Ebene der Botschafter statt. Dieser im Gegensatz zu den Vorjahren mit jeweils monatlichen Treffen tiefere Rhythmus wirkte sich auf die inhaltliche Qualität der Treffen eher positiv aus. Die politischen Konsultationen waren – auch auf Betreiben des Generalsekretärs – insgesamt stärker auf konkrete operative Themen fokussiert und teils von grösserer Relevanz. So nutzten beispielsweise die USA und Russland eines dieser Treffen, um die Botschafter gemeinsam über den neuen Start-Vertrag über die Abrüstung von Nuklearwaffen zu informieren. Die USA stellten unter anderem ihre *Quadrennial Defense Review* vor, eine alle vier Jahre durchgeführte Untersuchung der Verteidigungsplanung und damit eine der wichtigsten Grundlagen der mittel- und längerfristigen Militärplanung der USA. Die Schweiz ihrerseits erörterte im Rahmen der Konsultationen die Frage der schwachen und zerfallenden Staaten (*failed states*) am Beispiel von Somalia. Die schliesslich mittlerweile institutionalisierten Treffen mit dem Generalsekretär der OSZE und dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der Nato (siehe dazu auch 4.1), aber auch Treffen mit anderen Organisationen ermöglichten einen Austausch über die Zusammenarbeit mit diesen Institutionen.

Der Nato-Generalsekretär brachte sich wenig in die Konsultationen des EAPC ein. Von besonderer Bedeutung war jedoch das Treffen, welches im Juni unter seiner Leitung im Zusammenhang mit der Erarbeitung des neuen Strategischen Konzepts der Nato stattfand. Dabei erhielten die Partnerstaaten Gelegenheit, die Vorschläge einer von Madeleine Albright, ehemalige US-Aussenministerin, geleiteten Expertengruppe zu diskutieren. Die Schweiz und die anderen neutralen und allianzfreien Staaten Westeuropas konnten ihren Positionen und Vorstellungen Gehör verschaffen, auch im Hinblick auf die Erstellung der endgültigen Fassung des neuen Strategischen Konzepts und der am Gipfeltreffen von Lissabon im November verabschiedeten Erklärung der Nato.

Die Schweiz und namentlich ihre Mission bei der Nato in Brüssel wirkten im Rahmen der Konsultationen zum neuen Strategischen Konzept aktiv mit, vor allem in der Frage der Entwicklung der Partnerschaften. Bereits vor dem Treffen im Juni hatten diesbezügliche Veranstaltungen mit Schweizer Beteiligung stattgefunden, so ein Seminar über die Partnerschaften der Nato in Oslo (Januar) und ein Treffen zum Thema Krisenmanagement in Helsinki (März).

Weiter befasste sich der EAPC mit der Umsetzung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates "Frauen, Frieden und Sicherheit" sowie mit der Bekämpfung der Korruption im Verteidigungsbereich. Auch Beiträge zur Reform der Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen in Transformationsstaaten waren ein regelmässiges Thema: Konkret geht es darum, Möglichkeiten zu finden, um die Partnerstaaten in Ost- und Südosteuropa, im Südkaukasus und in Zentralasien noch gezielter bei der Demokratisierung und Modernisierung ihrer Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen zu unterstützen. Dazu gibt es im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden eine Reihe von Programmen und Instrumenten, die diesen Staaten helfen sollen, demokratische und rechtsstaatliche Standards zu erfüllen.

Nach wie vor gilt jedoch die Feststellung, wonach der politische Dialog im EAPC marginalisiert bleibt im Vergleich zu den Bedürfnissen, welche die Operationen, namentlich in Afghanistan, hervorrufen. Die flexibleren Konsultationsformate - bei denen die Nato die truppenstellenden Partner und situativ weitere wichtige Akteure einlädt - werden regelmässig für die Diskussion der friedensunterstützenden Operationen in Afghanistan (ISAF) und in Kosovo (KFOR) genutzt. Die Einbindung der truppenstellenden Partner in die Entscheidungsfindung hat sich namentlich in Bezug auf die KFOR verbessert und sich den für die ISAF angewendeten Standards angenähert. An den ISAF-Treffen selbst ist die Schweiz seit der Beendigung ihres militärischen Engagements in Afghanistan nicht mehr präsent und damit auch vom Informationsfluss der Nato zum Thema Afghanistan abgeschnitten. Da anlässlich des Gipfels von Lissabon im November weder ein Treffen im Rahmen des

EAPC noch eines der für die KFOR Truppen stellenden Staaten stattfand, war die Schweiz auch in Lissabon nicht präsent.

Für die Zukunft zeichnet sich jedoch als Folge des Gipfels von Lissabon eine neue Entwicklung ab, welche zu grösserer Flexibilität bei der Gestaltung der verschiedenen Treffen führen könnte.

2.4 Ständige militärische Vertretung und Treffen des Militärausschusses

Die Schweiz hat an ihrer Mission bei der Nato eine permanente militärische Vertretung. Der militärische Vertreter der Schweiz ist Mitglied des Militärausschusses. Dieser tagte 2010 insgesamt vier Mal und zusätzlich drei Mal im Format der Truppensteller zur KFOR. Bei den letztgenannten Treffen standen die verschiedenen Reduktionsschritte der KFOR und die damit verbundene Anpassung von Struktur und Aufgaben der KFOR im Zentrum. Daneben wurden wie bisher Verlauf und Stand dieser Nato-geführten friedensunterstützenden Operation, einschliesslich Ausbildungsfragen und der Vorbereitung für Einsätze, behandelt. Im Unterschied zu den Vorjahren, als sich die Nato-Staaten jeweils vorgängig abgesprochen hatten, wurden nun sämtliche die KFOR betreffenden Traktanden direkt unter Einbezug der Truppensteller besprochen. Damit stiegen die Möglichkeiten für die Partner, Einfluss auf sich anbahnende Entscheidungen der militärstrategischen Führung zu nehmen. Auch die Studienreise, die der gesamte Militärstab in den Kosovo unternehmen konnte, um die Lage vor Ort besser beurteilen zu können, steht für die verstärkten Anstrengungen der Nato, die praktische Zusammenarbeit mit den Partnern zu vertiefen.

An den Treffen des Militärausschusses stand ebenfalls die Information über die Erarbeitung des neuen Strategischen Konzepts im Vordergrund. Wiederholt wurde auch die Frage erörtert, wie sich die verschiedenen Instrumente der Zusammenarbeit trotz angespannter Finanzlage verbessern lassen. Einige Elemente sind dabei auch für die mittelfristige Weiterentwicklung der Schweizer Armee von Interesse, so etwa der bewährte PfP-Planungs- und Überprüfungsprozess (*Planning and Review Process PARP*), die Partnerschaftsziele (*Partnership Goals PG's*) und die Teilnahme an Arbeitsgruppen der Nato. Mehrfach wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Nato gewillt ist, ihre Partner bei der Verbesserung der Zusammenarbeitsfähigkeit und der Modernisierung ihrer Einsatzkräfte weiter zu unterstützen. Dazu dienen neben dem PARP auch weitere Programme wie der Partnerschaftsaktionsplan zum Aufbau von Verteidigungsinstitutionen (*Partnership Action Plan on Defence Institution Building PAP-DIB*).

Weiter wurden Themen wie die unkontrollierte Verbreitung von Kleinwaffen, die Verteidigung von im Einsatz stehenden Truppen gegen improvisierte Sprengladungen oder – mit starkem Engagement seitens Finnlands und Schwedens – die Nato-übergreifende Zusammenarbeit zur Verbesserung der maritimen Sicherheit besprochen. Im Gegensatz zu den Treffen im Format der KFOR-Truppensteller muss allerdings festgestellt werden, dass bezüglich Gehalt und Bedeutung der Sitzungen des Militärausschusses noch Potenzial für Verbesserungen besteht.

3. Zusammenarbeit in der Partnerschaft für den Frieden (PfP)

3.1 Zusammenarbeit in zivilen Bereichen

3.1.1 Sicherheitssektorreform, Aufbau von Verteidigungsinstitutionen

Die Schweiz führte 2010 ihre Bemühungen fort, zur Umsetzung des Aktionsplans zum Aufbau von Verteidigungsinstitutionen (PAP-DIB) beizutragen. Die Grundidee ist, im Rahmen der Partnerschaft gezielt sicherheitspolitische Reformprozesse in den Staaten Osteuropas, Südosteuropas, des Südkaukasus und Zentralasiens zu unterstützen. Der Plan hat zum Ziel, effektive und unter demokratischer Kontrolle stehende Streitkräfte zu schaffen. Er soll den sich in einer Transformationsphase befindenden Partnerstaaten helfen, ihre gegenüber EAPC/PfP und der OSZE vereinbarten Ziele zu erfüllen. Die Etablierung transparenter und unter demokratischer Kontrolle stehender Strukturen im Bereich der Sicherheit und Verteidigung bleibt eine Priorität der Partnerschaft.

Seit mehreren Jahren engagiert sich die Schweiz im Rahmen der Partnerschaft für die Reform des Sicherheitssektors. Das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) ist das primäre Instrument, mit welchem die Schweiz zur Umsetzung des PAP-DIB beiträgt. Im Juni organisierte das EDA zum vierten Mal zusammen mit dem DCAF einen Ausbildungskurs im Bereich Sicherheitssektorreform und gute Regierungsführung für Vertreter aus den Aussen- und Sicherheitsministerien in Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien. Seit mehreren Jahren unterstützt die Schweiz zudem, ebenfalls via DCAF, die Ukraine bei der Reform des Sicherheitssektors. Der mit dem DCAF abgeschlossene Dreijahresvertrag über Dienstleistungen, die im Rahmen der von der Nato und der Ukraine gemeinsam geleiteten Arbeitsgruppe zur Reform des ukrainischen Verteidigungssektors zu erbringen waren, lief Ende 2010 aus. Gemäss einer ersten Auswertung soll die Zusammenarbeit mit leicht angepassten Parametern fortgesetzt werden.

Die Schweiz führte ihre Bemühungen im Kampf gegen die Korruption im Verteidigungsbereich fort. Sie begleitete die 2007 von Grossbritannien lancierte und von ihr unterstützte Initiative für Transparenz und für die Bekämpfung von Korruption im Verteidigungsbereich, namentlich indem sie sich auf die Umsetzung des diesem Thema gewidmeten Treuhandfonds konzentrierte, bei dem die Schweiz gemeinsam mit Grossbritannien und Polen die Co-Leitung übernommen hatte. Die im Rahmen des Treuhandfonds vor drei Jahren gesetzten Ziele konnten erreicht werden, so etwa die Publikation des Handbuchs mit Handlungsempfehlungen durch das DCAF auf Englisch oder die Erarbeitung eines neuen Lehranges, der in Zukunft an ausgewählten Instituten, aber auch – durch die Entsendung eines mobilen Ausbildungsteams – in Ländern wie Afghanistan vor Ort durchgeführt werden kann. Das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP) stellte diesbezüglich auch 2010 verschiedentlich Experten für Ausbildungsveranstaltungen zur Verfügung. Aufgrund der positiven Erfahrungen wie auch gemäss dem Wunsch verschiedener PfP-Staaten wird der Treuhandfonds für weitere drei Jahre in den Dienst verschiedener Projekte gestellt werden, wiederum unter der Co-Leitung der Schweiz. Die Übersetzung des oben erwähnten Handbuchs auf Ukrainisch bildet einen der ersten Beiträge der Schweiz in dieser neuen Projektphase.

Im Rahmen der Stabilisierungsbemühungen der internationalen Gemeinschaft für Afghanistan und der Errichtung von staatlichen Strukturen in diesem Land organisierte das EDA in Baku (Aserbaidschan) einen Kurs über rechtsstaatliche Prinzipien und gute Regierungsführung für ziviles Personal der afghanischen Regierung. Der Kurs, ein „im Geiste von PfP“ gemeinsam mit dem GCSP und der Unterstützung Norwegens, Finnlands und Aserbaidschans realisiertes Angebot, erlaubte es auch, spezielle Themen zu vertiefen, die für die nationale Sicherheit Afghanistans von Bedeutung sind, so etwa der Kampf gegen Anbau und Handel von Drogen, die Ausarbeitung von Abkommen zur Machtteilung oder die Reintegration von Flüchtlingen.

Vor dem Hintergrund der steigenden strategischen Bedeutung des Mittelmeerraumes und in Anlehnung an den Mittelmeerdiallog der Nato organisierte das EDA gemeinsam mit dem DCAF in Marokko eine Konferenz über die Entwicklung der nationalen und regionalen Sicherheitspolitik in Nordwestafrika. Im selben Sinne unterstützte das EDA die zwölfte Ausgabe des jährlichen GCSP-Kurses zur Sicherheitspolitik im Mittleren Osten und in Nordafrika, indem es in Bern ein Kursmodul integrierte, welches die schweizerische Perspektive der internationalen Sicherheitspolitik und die zukünftigen Herausforderungen im Mittleren Osten und der arabischen Welt umfasste.

Schliesslich trug die Schweiz 2010 mittels Fachexpertise zur Reform der Militärakademien in Armenien und Moldawien bei. Dabei ging es hauptsächlich darum, die Ausbildungspläne für Unteroffiziere und Offiziere den heutigen Anforderungen anzupassen.

3.1.2 Humanitäres Völkerrecht

Die Schweiz setzte ihre Anstrengungen fort, um den EAPC und die operativen Hauptkommandos der Nato in der Anwendung von Regeln und Standards für private Militär- und Sicherheitsfirmen zu sensibilisieren. Die von der Schweiz entwickelten Instrumente (Dokument von Montreux und *Code of Conduct*) wurden unter anderem anlässlich der jährlichen Konferenz der Nato-Rechtsberater vorgestellt. Das Nato-Hauptquartier für Europa (SHAPE) und das operative Hauptkommando Brunssum entsandten eigens Vertreter an die Zeremonie zur Verabschiedung des *Code of Conduct* in Genf. Das Interesse der Nato an diesem Thema ist in jüngster Zeit stark angestiegen, weil die afghanische Regierung gewillt ist, sämtliche Aktivitäten von privaten Militär- und Sicherheitsfirmen auf ihrem Territorium zu verbieten.

Beim Dokument von Montreux handelt es sich um einen Text, der die Rechtslage für private Militär- und Sicherheitsfirmen, die in bewaffneten Konflikten tätig sind, klarer regeln soll. Das Dokument enthält Regelempfehlungen und Handlungsanleitungen, um den Staaten zu helfen, ihre Verpflichtungen bezüglich legislativer und administrativer Massnahmen zu erfüllen. Diese 2006 von der Schweiz und dem IKRK lancierte Initiative hat zum Ziel, die Respektierung und Anwendung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte durch die Staaten und die entsprechenden Firmen zu fördern.

Der international gültige *Code of conduct* ist ein wichtiger Meilenstein, um die Vision und die Empfehlungen des Dokuments von Montreux zu konkretisieren. Er richtet sich an private Sicherheitsunternehmen und versucht den Anwendungsbereich des Dokuments von Montreux auf Umstände auszudehnen, die unabhängig sind von der Definition eines bewaffneten Konfliktes. Der *Code of conduct* dient damit nicht nur der Sensibilisierung der Industrie, sondern bildet auch ein tragfähiges Gerüst für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte in Konfliktgebieten oder für mögliche Verbesserungen in der Gesetzgebung.

Schliesslich führte die Schweiz ihr bewährtes Engagement zugunsten der Ausbildung im humanitären Völkerrecht weiter (siehe auch 5.1).

3.1.3 Beteiligung der Schweiz an Treuhandfonds

Der PfP-Treuhandfonds ist ein Mechanismus, der von der Nato im Jahr 2000 etabliert wurde, um Partnerstaaten in ihren Programmen zur Vernichtung von Anti-Personenminen zu unterstützen. Dieses Programm wurde in der Folge auf die Vernichtung von Kleinwaffen, leichten Waffen und konventioneller Munition, auf die Demobilisierung von Armeeangehörigen sowie, seit 2007, auch auf die Bekämpfung von Korruption im Verteidigungsbereich ausgeweitet. Die Schweiz hat sich seit 2002 in verschiedenen PfP-Treuhandfondsprojekten mit rund 3 Mio. Fr. (Stand Ende 2010) engagiert, da sie in diesen ein Instrument sieht, mit dem sich Ziele ihrer eigenen Abrüstungspolitik realisieren lassen.

Seit 2007 hat die Schweiz zusammen mit Spanien und Norwegen die Co-Leitung für ein PfP-Treuhandfondsprojekt in Jordanien. Es handelt sich um das erste Treuhandfondspro-

jekt, das zugunsten eines Mittelmeerdialog-Staates geschaffen wurde. Das Projekt hat zum Ziel, die Beseitigung nicht-explodierter Gefechtsköpfe, die Verbesserung der Munitionslagerbewirtschaftung und die Vernichtung überflüssiger Munition zu unterstützen. Es geht in erster Linie darum, die Kapazitäten der jordanischen Armee im Umgang mit dieser Problematik zu verbessern. Während die Ziele bezüglich Verbesserung der Munitionslagerbewirtschaftung und Vernichtung überflüssiger Munition nach drei Jahren weitgehend erreicht werden konnten, sollen die Anstrengungen zur Beseitigung nicht-explodierter Gefechtsköpfe bis Mitte 2011 beendet werden, ohne dass der budgetierte Rahmen von rund 500'000 Fr. überschritten werden muss. Die Schweiz unterstützte überdies ein zusätzliches Projekt, bei welchem es darum ging, die Vernichtung überflüssiger Munition zu beschleunigen und die Prävention von Unfällen mit nicht-explodierten Gefechtsköpfen zu verstärken. Hierzu lieferte die armasuisse eine entsprechende technische Expertise.

In ihrer Rolle als Co-Leiterin begleitete die Schweiz weiterhin die Umsetzung des Treuhandfondsprojekts im Bereich der Korruptionsbekämpfung (siehe auch 3.1.1). In Afghanistan unterstützten das EDA und das VBS den Kauf von Sanitätsmaterial zugunsten der afghanischen Armee. Diese Unterstützung erfolgte via Einzahlung eines Betrages im Umfang von 80'000 Fr. bzw. 100'000 Fr in den Treuhandfonds der Nato für den Aufbau der afghanischen Armee.

In Serbien setzte die Schweiz ihre Unterstützung des PfP-Treuhandfondsprojektes fort, welches zum Ziel hat, demobilisiertes Militärpersonal wieder ins zivile Berufsleben zu integrieren. Das Projekt wird von Norwegen geleitet und von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) umgesetzt.

Schliesslich fällt das EDA im Rahmen seiner Anstrengungen zur Abrüstung und zur Stärkung der menschlichen Sicherheit in Afrika den Entscheid, einen zugunsten von Mauretanien eingerichteten Treuhandfonds zu unterstützen. Ziel ist es, die Sicherheit von Munitionslagern zu verbessern, überflüssige Munition zu zerstören und die Demobilisierung von Militärpersonal zu fördern.

3.1.4 Zivile Notfallplanung

Die Schweiz – vertreten durch die DEZA oder das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung BWL – hat ihre Zusammenarbeit im Bereich der zivilen Notfallplanung (*Civil Emergency Planning CEP*) fortgesetzt. Ziel des CEP ist die Koordination und Harmonisierung der nationalen Aktionspläne, Fähigkeiten und Möglichkeiten der Nato-Mitglieder bzw. Partner im Bereich der Notfallplanung sowie die effektive Nutzung ziviler Ressourcen für Katastrophenhilfeeinsätze. Die zivile Notfallplanung der Nato wird durch den Ausschuss für zivile Notfallplanung (*Civil Emergency Planning Committee CEPC*) geleitet. Die Schweiz begleitet im Rahmen des CEPC verschiedene Schwerpunkte und Aktivitäten.

So befasste sich der Ausschuss für zivile Notfallplanung erneut mit verschiedenen Aspekten des umfassenden Krisenlösungsansatzes (*Comprehensive Approach*). Der Schweiz ist dabei die Beachtung des humanitären Mandats und die Respektierung der humanitären Prinzipien ein besonderes Anliegen. Die Humanitäre Hilfe des Bundes ist nicht nur bei der Katastrophenbewältigung, sondern auch bei Krisen bzw. in komplexen Notlagen Akteur der ersten Stunde. Für sie ist eine konstruktive humanitär-militärische Zusammenarbeit entscheidend. Deshalb unterstützt ein Vertreter der Humanitären Hilfe seit Jahren zivile Belange bei der Durchführung der strategischen Krisenmanagementübung der Nato und ihrer Partner, welche im März 2010 erneut stattgefunden hat (siehe 3.1.5).

Die Arbeiten zur Umsetzung des *Memorandum of Understanding* zur Erleichterung grenzüberschreitender ziviler Hilfeleistungen im Katastrophenfall konnten im Berichtsjahr seitens der Schweiz nicht abgeschlossen werden. Das Abkommen soll die Versorgungssicherheit der Schweiz festigen, indem es innerhalb der EAPC-Staaten Erleichterungen des Grenzübertretes bzw. der Durchreise von Katastrophenhilfsteams im Zuge von Ereignissen mit chemischen, biologischen, radiologischen oder nuklearen Waffen sowie bei technischen Katastrophen oder Naturkatastrophen ermöglicht. Für die Schweiz geht es darum,

die nationalen Auswirkungen einer Umsetzung des Abkommens zu klären und dieses je nach Ergebnis zu unterzeichnen, wie dies bereits rund 30 Staaten getan haben.

Die Schweiz nimmt, vertreten durch das BWL, regelmässig an Aktivitäten in den Arbeitsgruppen bzw. Untergruppen des CEPC teil, welche 2010 als Folge einer umfassenden Reorganisation die bisherigen Komitees ablösen.

In der Gruppe „Gesundheitswesen, Nahrungsmittel und Wasser“ stand 2010 die von der Nato veranlasste Reorganisation der zivilen Notfallplanung und Sicherstellung der Grundversorgung in diesen Bereichen im Vordergrund.

In der „Transportgruppe“ stand seitens der Schweiz der Bereich Oberflächentransport im Inland im Vordergrund. Ziel ist es, im Falle ziviler Krisen mit starker Beeinträchtigung der Abwicklung von Beförderungen in den Mitglied- und Partnerstaaten der Nato die international zur Verfügung stehenden Mittel optimal einzusetzen, damit die Durchführung von Transporten zur Unterstützung von Einsätzen in ausserordentlichen Lagen sichergestellt ist. Seitens Schweiz stand zudem die Aktualisierung der Annexe der bilateralen Abkommen zur Erleichterung des grenzüberschreitenden zivilen Güterverkehrs im Vordergrund.

In der für industrielle Ressourcen und Kommunikationsinfrastrukturen zuständigen Gruppe war die Schweiz namentlich bei den Themen Schutz kritischer Infrastrukturen und Energieversorgungssicherheit aktiv. Das BWL engagierte sich bei der Sammlung von nationalen *Best Policy Practices* für die zivile Notfallplanung auf dem Gebiet des Erdgases und Erdöls, die in einem Bericht festgehalten wurden. Ein im Rahmen der Gruppe im Oktober in Vancouver durchgeführtes Seminar befasste sich mit der Resilienz im Energiebereich, darin eingeschlossen waren auch Fragen zur Cyber-Bedrohung und zum Krisenmanagement.

3.1.5 Zusammenarbeit im Bereich Krisenmanagement

Die steigende Komplexität von Krisen hat das internationale Bewusstsein geschärft, dass zur Lösung solcher Konflikte ein globaler Ansatz, unter Einschluss einer Vielzahl von Organisationen, Staaten und nicht-staatlichen Akteuren, erforderlich ist. In diesem Zusammenhang hat die Nato ihre Anstrengungen fortgesetzt, um ihre Zusammenarbeit, namentlich mit anderen Partnern, internationalen Organisationen und lokalen Autoritäten zu verstärken. Die Schweiz ihrerseits engagierte sich insbesondere für eine bessere Berücksichtigung nicht militärischer Akteure in Stabilisierungsbemühungen. In diesem Kontext setzte sie unter anderem das Thema der „schwachen Staaten“ (failed states) auf die Agenda des EAPC und stellte diesem einen Experten zur Präsentation des Themas zur Verfügung.

Um die eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen zu verbessern, nimmt die Schweiz auch an integrierten zivil-militärischen Krisenmanagementübungen teil. Die Teilnahme an der multinationalen Krisenmanagementübung der Nato (CMX), an der im März neben den 28 Nato-Mitgliedern auch elf Partnerstaaten (EAPC und Mittelmeerdialog) teilnahmen, ermöglichte ein besseres Verständnis der Funktionsmechanismen der Allianz, namentlich ihres Krisenmanagements, und bot Gelegenheit für die Schulung eigener nationaler Abläufe. Als Übungsszenario diente ein fiktiver, bereits laufender UNO-mandatiertes Friedenseinsatz ausserhalb Europas, der aufgrund seiner Entwicklung verschiedene politisch-militärische Konsultations- und Entscheidungsprozesse unter den beteiligten Nationen verlangte.

3.1.6 Weitere zivile Aktivitäten

Das EDA und das VBS unterstützten verschiedene Expertentreffen zu sicherheitspolitischen Themen, so etwa die achte Ausgabe der *Global Strategic Review* des Internationalen Institutes für strategische Studien in Genf.

Im September organisierte das EDA mit Unterstützung durch das GCSP ein weiteres Treffen im Rahmen des Prozesses von Gstaad, welches Fragen der Nichtverbreitung von

Massenvernichtungswaffen, der nuklearen Abrüstung, der Sicherheit im Weltraum und der Cyber-Bedrohung behandelte. In Chambéry bei Genf fand ein zweites Treffen zu Themen der europäischen Sicherheitsarchitektur und der Bedrohungswahrnehmung statt.

Im Übrigen führte die schweizerische Mission bei der Nato in Brüssel drei Informationsveranstaltungen über die Rolle der Schweiz in EAPC und PfP durch. Zielpublikum waren Studenten der Universitäten Genf und Basel sowie weitere zivile und militärische Besuchergruppen. Vor allem seitens der spezialisierten Hochschulen besteht eine zunehmende Nachfrage für derartige Informationsveranstaltungen.

3.2 Zusammenarbeit in militärischen Bereichen

3.2.1 Verbesserung der militärischen Zusammenarbeitsfähigkeit

PfP ist für jene Teile der Armee, die in der Lage sein müssen, international zusammenzuarbeiten (z.B. Luftwaffe, Swissint), die zentrale Plattform zur Erreichung militärischer Zusammenarbeitsfähigkeit (Interoperabilität). Die internationalen Standards werden de facto von der Nato definiert. Es liegt im Interesse der Schweiz, dass die Armee bei ihrer Weiterentwicklung vom Wissens- und Erfahrungsaustausch mit der Nato, deren Mitgliedern und den anderen Partnerstaaten profitiert. Im Rahmen der Weiterentwicklung der Streitkräfte konnten 2010 mit der Nato 24 Partnerschaftsziele festgelegt werden. Diese wurden in Gesprächen zwischen der Nato und dem VBS erarbeitet und sind abgestimmt auf die aktuellen Entwicklungen in der Schweizer Sicherheitspolitik und den Reformprozess der Armee.

In den vergangenen Jahren nahmen Angehörige der Armee und der Verwaltung jeweils an jährlich rund 200 PfP-Angeboten und -Aktivitäten (Seminare, Kurse, Übungen) teil.

Im April führten die schwedischen Streitkräfte die alljährlich stattfindende CJSE-Übung (*Combined Joint Staff Exercise*) in Enköping durch, an der sich die Schweiz regelmässig mit Stabsoffizieren beteiligt. Die Übung bietet Anlass, um Stabsoffiziere international und Teilstreitkräfte übergreifend in einer friedenserhaltenden Operation zu trainieren. Es nahmen elf Schweizer Offiziere an dieser im Rahmen der Partnerschaft wichtigsten Übung teil.

Die Schweizer Armee war auch Gastgeberin für verschiedene Konferenzen und Workshops, unter anderem im September für eine internationale Expertentagung im Bereich der aeromedizinischen Evakuierung und für ein Expertenteam der Nato zur Erläuterung der neuen Arbeitsprozesse in den Nato-Hauptquartieren sowie im Dezember für eine Planungskonferenz für eine Übungsanlage zur Bekämpfung komplexer Bedrohungen (*Countering hybrid threats*).

In der Kaderausbildung ist die Schweizer Armee unter anderem im jährlichen Treffen aller Kommandanten der Kaderausbildungsstätten von Nato- und PfP-Staaten engagiert. Dieses Forum und Netzwerk bietet Möglichkeiten für Informations- und Erfahrungsaustausch in Ausbildungsfragen. 2010 wurde zudem seitens Nato die Zertifizierung des Kompetenzzentrums für Friedensförderung der Schweizer Armee Swissint in Stans als neben dem GCSP zweites offizielles PfP-Trainings- und Ausbildungszentrum der Schweiz eingeleitet.

Als weiteres Mittel zur militärischen Zusammenarbeit und zum Wissens- und Erfahrungsaustausch hat die Schweizer Armee drei Vertreter temporär an Hauptquartiere oder Institutionen der Nato abkommandiert: einen Offizier in den *International Military Staff (IMS)* im Hauptquartier in Brüssel, einen weiteren Offizier an das militärstrategische Hauptquartier *Allied Command Operations* in Mons (Belgien) sowie einen höheren Unteroffizier an die Nato-Schule in Oberammergau (Deutschland). Überdies stehen zwei nationale Verbindungsoffiziere im Einsatz, einer ebenfalls am militärstrategischen Hauptquartier in Mons (Belgien) und einer beim zweiten militärstrategischen Hauptquartier, am *Allied Command Transformation* in Norfolk (USA). Der Verbindungsoffizier in Mons ist seit Sommer 2010 interimistisch auch an der Schweizer Mission bei der Nato in Brüssel als Stellvertreter des Militärischen Vertreters der Schweiz bei der Nato tätig.

3.2.2 Zusammenarbeit in spezifischen Themenbereichen

Für die Armee werden integrierte Führungssysteme immer wichtiger. Dies betrifft das gesamte Einsatzspektrum, inklusive Zusammenarbeit mit zivilen Stellen. Es geht um die Einführung und Abstimmung ziviler und militärischer technischer Standards, die es einerseits erlauben, mit Partnern zusammenzuarbeiten und andererseits eine kostspielige Helvetisierung von Systemen unnötig machen.

Die Schweiz ist in mehreren Arbeitsgruppen vertreten, die sich mit Fragen der technischen Interoperabilität von Führungssystemen und Übermittlungstechnik beschäftigen. Am jährlich stattfindenden, dreiwöchigen Workshop *Combined Endeavor*, der unter der Leitung des Kommandos der amerikanischen Streitkräfte in Europa organisiert wird, nahm die Schweiz mit 12 Personen teil. Das Ziel des Workshops, an dem sich 38 Nationen mit rund 1000 Teilnehmern beteiligten, war es, die eigenen Vorgaben für die Zusammenarbeitsfähigkeit mit den Partnern zu testen und die Entwicklung der anderen Streitkräfte in diesem Bereich zu beobachten.

Im Bereich der Logistik wurde ein Aufbau-Detachement für friedensunterstützende Einsätze gebildet. Dieses soll im Fall eines möglichen Auslandseinsatzes die Standards für die Zusammenarbeit mit anderen Nato/PfP-Staaten im Einsatzland während des Aufbaus von Truppen-Camps berücksichtigen können. Weiter wurden in die Standards für die Beschaffung von neuen Fahrzeugen in der Schweiz das *Single Fuel Concept* und die Anpassung an die internationalen Containernormen eingebracht. Generell lässt sich ein Trend zu multinationalen Logistikelementen für internationale Einsätze beobachten.

Die Schweizer Luftwaffe arbeitet mit dem Luftverteidigungsausschuss und dem Ausschuss für Luftverkehrsführung der Nato zusammen. Primär dient diese Zusammenarbeit dem Erfahrungsaustausch mit anderen Staaten sowie der Verbesserung der Interoperabilität und Standardisierung der Prozesse. Der Ausschuss für Luftverkehrsführung ist zuständig für die Koordination zwischen militärischen und zivilen Luftbewegungen. Die schweizerische Luftwaffe nahm an verschiedenen Sitzungen teil, deren Hauptthemen der Informations- und Datenaustausch in Europa und die Terrorismusbekämpfung in der Luft waren. Der Luftverteidigungsausschuss der Nato berät den Nordatlantikrat in allen Fragen der Luftverteidigung, einschliesslich der Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten. Die Teilnahme am Luftverteidigungsausschuss ermöglicht der Schweiz den Erfahrungsaustausch mit anderen Ländern in der Führung der fliegerischen Verbände und der Wahrung der Lufthoheit.

Im Bereich Forschung und Technologie unterhalten die Armeepflege, die Informations- und Objektsicherheit und die armasuisse Beziehungen zu Nato-Gremien, die sich mit der Erarbeitung militärwissenschaftlicher Studien, Analysen und Simulationen befassen.

Die armasuisse ist mit einem Vertreter an der schweizerischen Mission bei der Nato in Brüssel präsent. Er vertritt die Interessen des Rüstungschefs im Rüstungsbereich der Nato. Weitere armasuisse-Vertreter nehmen im Rahmen von nationalen Rüstungsvorhaben Einsitz in rüstungsspezifischen Fachausschüssen der Nato. Die armasuisse unterhält zudem Beziehungen zur Nato-Unterhalts- und Logistikagentur (*Nato Maintenance and Supply Agency*) in Luxemburg. Darüber hinaus ist der Kompetenzbereich Wissenschaft + Technologie (W+T) der armasuisse in Arbeitsgruppen der *Research and Technology Organisation* vertreten. Die Erkenntnisse aus diesen Gremien sind für die sicherheitsrelevante Forschung nützlich. Mit Unterstützung der armasuisse hat die Schweizer Industrie an von der Nato organisierten Materialausstellungen und an der Konferenz der Nato-Industriieberatergruppe (*Nato Industrial Advisory Group*) teilgenommen. Im Oktober nahm der stellvertretende Rüstungschef an der jährlichen Konferenz der nationalen Rüstungsdirektoren teil.

3.2.3 Ausbildungsangebote und regionale Unterstützungsprogramme

Die Schweizer Armee führte insgesamt 15 PfP-Ausbildungskurse durch (siehe Tabelle 5.1). Die Anzahl Kurse lag damit etwas tiefer als 2009, hauptsächlich weil einige Kurse nur alle zwei Jahre angeboten werden und die spezifischen Gebirgskurse (zum Beispiel der Kurs „Lawinendienst“) in den umfassenderen Sommer- bzw. Wintergebirgskurs integriert worden sind. Auf diese Weise konnten Synergien genutzt und letztlich auch Kosten gespart werden.

Die Kursschwerpunkte lagen in den Bereichen Gebirgsausbildung, Führungsausbildung für höhere Unteroffiziere, Kriegsvölkerrecht, militärisches Einsatzrecht, zivil-militärische Zusammenarbeit, humanitäre Minenräumung und Kommunikationstraining. Die Ausbildung erfolgt, wo immer möglich, als Kaderausbildung, nach dem Prinzip *Train the Trainer*. Neben Teilnehmern aus dem euro-atlantischen Raum nutzten auch Staaten des Mittelmeerdialogs¹, der Istanbul Kooperationsinitiative² und der sogenannten Kontaktstaaten³ das PfP-Kursangebot der Schweizer Armee.

In Zusammenarbeit mit dem GCSP führte die Schweiz bereits zum zweiten Mal die *Annual Senior Officers' Security and Law Conference* durch. Der Fokus dieser Konferenz liegt auf dem koordinierten, komplementären und kohärenten Zusammenwirken von Militär, zivilen und humanitären Organisationen in multidimensionalen Missionen. Dieses Jahr wurden Themen wie die Katastrophenhilfe für Haiti, Zivilpersonal in der modernen Kriegsführung oder *Fact-Finding* im Russisch-Georgischen Konflikt behandelt.

Im Bereich Kleinwaffen, leichte Waffen und konventionelle Munition stellte die Schweiz auch dieses Jahr der Nato-Schule in Oberammergau Lehrpersonal für Kurse über die Lagerverwaltung und -sicherheit zur Verfügung. Der sogenannte SALW-Kurs (*Small Arms and Light Weapons*) vermittelt theoretische und praktische Grundlagen und richtet sich an das operativ tätige Personal der Verifikationszentren der rund 20 Staaten (eingeschlossen der Schweiz), welche sich in der *Multinational Small Arms and Ammunition Group (MSAG)* zusammengeschlossen haben. Der SALW Policy Kurs, der auch den übrigen Partnerstaaten offensteht, richtet sich an Personal aus Ministerien und vermittelt vor allem theoretische Grundlagen. Die Entwicklung dieser Kurse zu Kleinwaffen und leichten Waffen, zu denen regelmässig auch Schweizer Teilnehmer entsandt werden, erfolgte in der Schweiz. Die Kurse werden seit 2006 jährlich durchgeführt und sind 2007 an die Nato-Schule überführt worden.

Zwecks Zerstörung überschüssiger Munition und Waffen unterstützte die Schweiz wiederum einzelne Projekte im Rahmen der PfP-Treuhandfonds (siehe dazu 3.1.3). Daneben wurden weiterhin verschiedene regionale Projekte des DCAF unterstützt, unter anderem das seit 2003 laufende Grenzschutzprogramm für die Länder Südosteuropas. Ausserdem wurden im Rahmen des Partnerschaftsaktionsplans zum Aufbau von Verteidigungsinstitutionen (PAP-DIB) erneut mehrere Ausbildungskurse und Seminare zugunsten der Ukraine und ausgewählter Staaten Zentralasiens unterstützt (siehe dazu 3.1.1).

Im Rahmen der regionalen militärischen Kooperation führte die Schweiz die Unterstützung für den ausbildungsseitigen Wiederaufbau militärischer Strukturen in Südosteuropa weiter.

¹ Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko, Mauretanien, Tunesien.

² Bahrain, Kuwait, Katar, Vereinigte Arabische Emirate.

³ Australien, Neuseeland, Japan, Südkorea.

4. Aktivitäten der Genfer Zentren und der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich

4.1 Genfer Zentrum für die Demokratische Kontrolle der Streitkräfte

Das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) veröffentlichte 2010 im Rahmen des entsprechenden PfP-Treuhandfonds ein Handbuch zu Korruptionsbekämpfung und Integritätsbildung im Verteidigungsbereich. Das englischsprachige Handbuch wird nun auch auf Russisch und Ukrainisch übersetzt, damit es in diesem Sprachraum anschliessend breit zu Ausbildungszwecken verwendet werden kann.

Der Partnerschaftsaktionsplan zum Aufbau von demokratischen Verteidigungsinstitutionen (PAP-DIB) wurde durch die Erarbeitung zweier neuer Dokumentationen zum institutionellen Rahmen bzw. zu praktischen Fragen des effizienten und transparenten Managements im Verteidigungsbereich ergänzt.

Auf der operationellen Seite führte das DCAF 2010 seine Unterstützung der Verteidigungsreform in der Ukraine im Rahmen von PfP mit einer Reihe von Projekten weiter. So lieferte das DCAF auf Einladung des Verteidigungsministeriums methodologische Expertise für die angestrebte *Strategic Defence Review*, unterstützte die Nachrichtendienst-Reform und co-organisierte eine internationale Konferenz zum Thema Krisenmanagement. Auch die Zusammenarbeit mit der ukrainischen Verteidigungsakademie wurde fortgesetzt. Unter anderem ermöglichte das DCAF die Schaffung einer Website mit einschlägiger demokratiefördernder Literatur auf Ukrainisch und Russisch (inklusive Kursen zur Kapazitätsbildung).

In Zusammenarbeit mit der weissrussischen Staatsuniversität wurde eine Dokumentation zur *Collective Security Treaty Organisation (CSTO)* erstellt. Die CSTO versteht sich als postsowjetisches Pendant zur Nato und wird 2011 von Weissrussland präsiert. Das DCAF unterstützte überdies Seminare zur Sicherheitssektorreform in Moldawien und im Kaukasus. Für Teilnehmer aus Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien hielt es - mit Beteiligung von Experten aus dem VBS und dem EDA - in Genf und Bern Seminare zur Sicherheitssektorreform und guter Regierungsführung ab.

Das DCAF unterhält Arbeitskontakte zu den Parlamenten verschiedener zentralasiatischer Staaten (inklusive Afghanistan). Im Rahmen dieser Kontakte konnte das DCAF-Handbuch zur parlamentarischen Kontrolle des Verteidigungs- und Sicherheitssektors ausgeliefert werden, übersetzt in die jeweiligen Landessprachen. Seit 2008 besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen der Schweizer Armee und dem DCAF im Bereich der Sicherheitssektorreform. Dies betrifft einerseits Projekte im Feld (Süd-Sudan, Burundi), andererseits die Durchführung von Evaluationen und Ausbildungskursen.

Im Rahmen des *PfP Consortium of Defence Academies and Security Studies Institutes (PfP Consortium)* leitet das DCAF die Arbeitsgruppe zur Sicherheitssektorreform. 2010 wurde in diesem Rahmen erstmals ein Seminar zum Thema „Gender-Aspekte und Sicherheitssektorreform“ durchgeführt. Auch die Nato, die sich mit der Umsetzung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates "Frauen, Frieden und Sicherheit" in ihren friedenssichernden Operationen befasst, hat das DCAF um diesbezügliche Unterstützung angefragt. Schliesslich nahm das DCAF an der Jahreskonferenz des *PfP Consortiums* in Warschau teil und stellte dort namentlich seine Arbeit im Bereich der Sicherheitssektorreform vor.

Weitere Informationen unter www.dcaf.ch

Die Parlamentarische Versammlung der Nato, das DCAF und die Schweiz

Die Parlamentarische Versammlung der Nato (Nato-PV) ist eine interparlamentarische Organisation, die heute aus Legislativvertretungen aus den 28 Nato-Mitgliedstaaten sowie aus 14 assoziierten Staaten, eingeschlossen der Schweiz, besteht. Die Nato-PV und die Nato sind rechtlich, finanziell und administrativ unabhängig voneinander. Die Versammlung, welche sich hauptsächlich aus fünf Ausschüssen zusammensetzt, hat zwar ausschliesslich beratende Funktion, hat aber in den letzten Jahren auf der Ebene Parlament gleichwohl intensive Arbeitsbeziehungen mit der Nato entwickelt.

Im Rahmen eines ihrer neuen Ziele – der Schaffung der für die Ausübung einer echten demokratischen Kontrolle der Streitkräfte notwendigen parlamentarischen Mechanismen, Praktiken und Kenntnisse – arbeitet die Nato-PV mit dem DCAF zusammen. 2010 konnte mit Parlamentsvertretern aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion und des Balkans wiederum eine gemeinsame Seminarreihe über die verschiedenen Aspekte der Beziehungen zwischen dem Zivil- und dem Armeebereich durchgeführt werden. Das VBS unterstützt die diesbezüglichen Aktivitäten der Nato-PV mit rund 130'000 Fr. jährlich.

Die Schweiz gehört der Nato-PV seit 1999 als assoziiertes Mitglied an. Damit kann die Schweizer Delegation, die sich aus zwei Mitgliedern des Nationalrates und zwei Mitgliedern des Ständerates zusammensetzt (in der Regel die Präsidentinnen oder Präsidenten und die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten der Sicherheitspolitischen Kommissionen beider Räte) an fast allen Kommissionsarbeiten, an allen Seminaren und am Mittelmeerdialog sowie an den Vollversammlungen (ohne Stimm- und Wahlrecht) teilnehmen.

4.2 Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik

Das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP) wurde 1995 als internationale Stiftung gegründet und ist als PfP-Trainingszentrum der Schweiz zertifiziert. Das Kursangebot des GCSP umfasst den neunmonatigen internationalen Ausbildungskurs in Sicherheitspolitik, den dreimonatigen Ausbildungskurs in europäischer Sicherheitspolitik und den dreimonatigen Ausbildungskurs zu den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Alle diese Kurse stehen auch Teilnehmern aus den PfP-Staaten und den Staaten des Mittelmeerdialogs offen. Das Zentrum führt jeweils auch mehrere Kurzurse durch, die in Genf oder ausserhalb angeboten werden und spezifische Ausbildungsbedürfnisse abdecken.

Das GCSP unterstützte als einer der Hauptpartner die PfP-Initiative zur Förderung von Transparenz und für die Bekämpfung von Korruption im Verteidigungsbereich. 2010 wurden in diesem Zusammenhang vier Kurse mit Beteiligung des GCSP durchgeführt (je einer in Kabul, Kiew, Oberammergau und Sarajevo). Der vom GCSP organisierte jährliche PfP-Kurs für höhere Stabsoffiziere fand zum dritten Mal in Genf statt.

Als PfP-Trainingszentrum vertritt das GCSP auch seine Interessen innerhalb der Gruppe zertifizierter PfP-Trainingszentren. Das GCSP unterstützt in diesem Rahmen das *PSO Training Centre* in Sarajevo, das als nationales wie auch regionales Ausbildungszentrum zertifiziert wurde. In Partnerschaft mit der *Naval Postgraduate School* in Monterey (USA) führte das GCSP 2010 zum zweiten Mal einen Kurs über Führung und Zusammenarbeit in globalen Herausforderungen (*Global Challenges: Leadership and Cooperation in Complex Environments*) durch. Dabei handelte es sich um eine bilaterale Zusammenarbeit zwischen zwei zertifizierten PfP-Trainingszentren. Innerhalb des *PfP Consortium* war das GCSP in verschiedenen Arbeitsgruppen aktiv.

Weitere Informationen unter www.gcsp.ch

4.3 Forschungsstelle für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich

Das von der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich betriebene *International Relations and Security Network (ISN)* leistete auch 2010 eine Reihe von Beiträgen zugunsten der EAPC/PfP-Staaten:

Eine der zentralen Tätigkeiten war die Entwicklung einer neuen Online-Lösung für die gemeinschaftliche Produktion und den Austausch von *E-Learning-Modulen* in EAPC-/PfP-Staaten. Der neue Editor ist eingebettet im lizenzfreien „open-source“ System für Lernmanagement ILIAS. Dieses System wurde am ISN für die PfP-Lernplattform, aber auch durch eine wachsende Zahl von Mitgliedern der Arbeitsgruppe für *Advanced Distributed Learning* (ADL WG für die Standardisierung von E-learning) des *PfP Consortium* genutzt. ILIAS hat mit rund zehn Installationen auch innerhalb der Nato Bedeutung erlangt und befindet sich in weiteren Ländern in einem Evaluationsverfahren. Auch das in der Entwicklung von E-Learning-Standards federführende *Academic Advanced Distributed Learning Co-Lab* in Madison (USA) engagierte sich an der Weiterentwicklung von ILIAS.

Die angebotenen E-Learning-Kurse und Internet-Lernumgebungen wurden breit eingesetzt, unter anderem bei PfP-Trainingszentren, den Genfer Zentren, nationalen Armeen und internationalen Stabsübungen. Das ISN trug zu den Lernangeboten mit einem grösseren Kurs zum korrekten Verhalten beim Auffinden und Entschärfen von Minen (*Mine Awareness*) und mit kleineren Lerneinheiten zur Mediation in Friedensprozessen (*Peace Mediation Support*) bei. Zur weiteren Erhöhung der didaktischen Attraktivität entstand am ISN ein Online-Editor für die Erstellung von interaktiven Multimedia-Slideshows. Diese unterstützten auch die zunehmend geforderte Verbreitung von Inhalten über Mobilgeräte.

Mit der *Advanced Distributed Learning Working Group* leitete das ISN weiterhin eine breit abgestützte Arbeitsgruppe des *PfP Consortium* und nimmt dadurch eine federführende Stellung bezüglich des Einsatzes von Internetlösungen in der militärischen und sicherheitspolitischen Ausbildung ein. Basierend auf den Entwicklungen rund um ILIAS und um den Content-Entwicklungsleitfaden leistete das ISN umfassende Ausbildungsaktivitäten zugunsten der ADL WG und des für die Transformation zuständigen Nato-Hauptquartiers (*Allied Command Transformation ACT*).

Das vom ISN entwickelte ePRIME, ein internetbasiertes Planungs- und Verwaltungssystem für Kurse und Veranstaltungen im EAPC/PfP-Bereich, wurde von der Nato und den Partner-Nationen weiterhin als Standardlösung eingesetzt. Das ISN unterstützte auch 2010 entsprechende Ausbildungsseminare.

Die digitale Online-Bibliothek des ISN, welche derzeit die weltweit grösste, frei zugängliche Datensammlung im Bereich internationale Beziehungen darstellt, baute 2010 ihre Bestände auf rund 30'000 Forschungspublikationen und Berichte aus, die auch den EAPC-/PfP-Partnern zur Verfügung stehen. Darin eingeschlossen waren mehr als 1000 politische Kurzanalysen (*Policy Briefs*), die einen raschen Überblick über sicherheitspolitische Themen von hoher Aktualität, inklusive möglicher Handlungsoptionen, aufzeigen. Zusätzlich lancierte das ISN das tägliche Informationsmagazin *ISN Insights* und veröffentlichte gemeinsam mit internationalen Experten über 200 Hintergrundanalysen und Interviews, auch in Form von Podcasts. Schliesslich lancierte das ISN zwei *Communities* zu sicherheitspolitischen Themen.

Weitere Informationen unter www.isn.ethz.ch

5. Anhang

5.1 PfP-Ausbildungskurse der Schweiz

Kurs	Organisation / Durchführung	Teilnehmer / Nationen
CSMC - "Combined Summer Mountain Course" 24-tägiger Sommergebirgskurs, der den bisherigen Grundkurs im Sommer (SMC - "Summer Mountain Training Course") und den bisherigen Such- und Rettungskurs (MSRC - "Mountain Search and Rescue Course") kombiniert.	VBS	7/5
CWMC - "Combined Winter Mountain Course" 30-tägiger Wintergebirgskurs, der den bisherigen Grundkurs im Winter (WMC - "Winter Mountain Course") und den bisherigen Kurs Lawinendienst (AVC - "Avalanche Course") kombiniert.	VBS	12/7
ICMM - LOAC "Course on International Law of Armed Conflict for Medical Officers and Young Military Doctors", "Law of Armed Conflict" Ziel dieses Kurses ist es, Ärzte und Medizinalpersonal in die Grundsätze des Kriegsvölkerrechts einzuführen. Besonderes Augenmerk wird auf die spezielle Verantwortung des Medizinalpersonals gelegt. Dazu werden aktuelle Probleme und Herausforderungen in diesem Bereich analysiert und nach Lösungen gesucht. Die Teilnehmer sollen motiviert werden, in ihren Nationen den Unterricht in Kriegsvölkerrecht zu fördern.	VBS	55/15
IMSMA Advanced - "Introduction to the Information Management System for Mine Action" Die Teilnehmer vertiefen ihr Wissen bezüglich regionalen oder nationalen Datenbanken zur Minen- und Kampfmittelbeseitigungs-Problematik. Sie lernen, die Situation zu analysieren und zu interpretieren und mit dem GIS (<i>Geographic Information System</i>) zu kombinieren.	VBS, GICHD	6/5
KOMKA BC - "Media and Communications Training - Basic Course" Grundlagenkurs für Offiziere und zivile Mitarbeiter, die für einen Einsatz als <i>Public Affairs/Press and Information Officer</i> vorgesehen sind. Das Training zielt auf eine korrekte Planung, Durchführung und Evaluation von Medienveranstaltungen unter erschwerten Bedingungen, wie sie in friedensunterstützenden Operationen oder Katastrophenhilfeinsätzen vorkommen.	VBS	14/10
KOMKA AC - "Media and Communications Training - Advanced Course" Fortgeschrittenenkurs für Offiziere und zivile Mitarbeiter, die bereits einen Einsatz als <i>Public Affairs/Press and Information Officer</i> hinter sich haben und für eine höhere Stufe vorgesehen sind. Das Training soll die Teilnehmer darauf vorbereiten, Kommandanten auf eine korrekte Planung, Durchführung und Evaluation von Medienveranstaltungen unter erschwerten Bedingungen vorzubereiten, wie sie in friedensunterstützenden Operationen oder Katastrophenhilfeinsätzen vorkommen.	VBS	20/11

Kurs	Organisation / Durchführung	Teilnehmer / Nationen
NCO Interm LS - "Non-Commissioned Officers Intermediate Leadership Course" Fortgeschrittenenkurs für höhere Unteroffiziere mit dem Ziel, die Teilnehmer als Chefs auf Stufe Kompanie zu befähigen, ihren Kommandanten zu unterstützen, zu beraten und das ethische Bewusstsein im militärischen Umfeld zu fördern. Die Teilnehmer sollen ihre eigene Kommunikationsfähigkeit verbessern.	VBS	22/12
NCO Adv LS - "Non-Commissioned Officers Advanced Leadership Course" Fortgeschrittenenkurs für höhere Unteroffiziere mit dem Ziel, die Teilnehmer als Chefs zu befähigen, ihren Kommandanten zu unterstützen, ein Beratungssystem im internationalen Umfeld aufzubauen und zu betreiben, ihre eigenen Kommunikationstechniken zu verbessern und das ethische Bewusstsein im militärischen Umfeld zu fördern. Ein <i>Train-the-Trainer</i>-Kurs für das Niveau Bataillon und höher.	VBS	24/12
PSOBC Of - "Peace Support Operations Basic Course for Junior Officers" (2 Kurse) Kurs mit dem Ziel, den Teilnehmern das Grundwissen über internationale Organisationen zu vermitteln. In Übungen werden die Teilnehmer auf den Einsatz in einem kleinen multinationalen Team vorbereitet. Sie erlernen das Rapportieren von Beobachtungen und Vorfällen.	VBS	43/11
SUNMOC - "Training Course for Military Observers for UN and OSCE Missions" Einführungskurs für zukünftige Beobachter in UNO-Einsätzen. Die Teilnehmer werden befähigt, ihre eigentliche Aufgabe als Beobachter wahrzunehmen und mit Sicherheitsproblemen umzugehen. Weitere Schwerpunkte sind neben den Kenntnissen über die internationalen Strukturen die eigene Kommunikationsfähigkeit und der Umgang mit den Medien.	VBS	30/10
UNCMCC - "UN Civil-Military Coordination Training Course" (2 Kurse) Seminar für ausgebildete zivile und militärische Mitarbeiter in der zivil-militärischen Kooperation. Themen sind insbesondere der Erfahrungsaustausch und die Verbesserung des Wissens auf dem Gebiet der Planung und Durchführung von humanitären Einsätzen. Das gegenseitige Verständnis für die spezifischen Gegebenheiten der zivilen und der militärischen Einsatzkräfte soll gefördert werden.	VBS	16/11
Technischer SALW Kurs, Thun Der Kurs richtet sich an das operativ tätige Personal der Verifikationszentren der Staaten, die sich in der <i>Multinational Small Arms and Ammunition Group (MSAG)</i> zusammengeschlossen haben und vermittelt Kenntnisse im Rahmen einer Übung zur Beurteilung der Lagerverwaltung und –sicherheit von Kleinwaffen, leichten Waffen und konventioneller Munition.	VBS	19/8
CENTROC Zweijährlich stattfindender Kurs zu Fragen des Kriegsvölkerrechts und internationalen Einsatzrechts bei Friedensförderungsoperationen. Ziel des Kurses ist es, die Zusammenarbeit auf internationalem Niveau zwischen dem Kommandanten (Stufe Bataillon) und dem Rechtsberater (Legal Advisor) zu schulen.	VBS	19/10

Kurs	Organisation / Durchführung	Teilnehmer / Nationen
ETC 14 - "Training Course in European Security Policy" Der ETC ist ein jährlich durchgeführter, dreimonatiger Kurs, der sich mit Fragen der euro-atlantischen Sicherheit befasst. Der Kurs richtet sich an Personen, die sich beruflich mit Fragen der Sicherheitspolitik beschäftigen und in einem internationalen Umfeld arbeiten. Der Kurs wird im Rahmen von PfP offeriert, steht aber auch Teilnehmern aus anderen Staaten offen.	GCSP	22/21
ITC 24 - "International Course in Security Policy" Der ITC ist ein jährlich durchgeführter, rund neunmonatiger Kurs, der sich mit Fragen regionaler und globaler Sicherheit befasst. Der Kurs richtet sich an Personen, die sich beruflich mit Fragen der Sicherheitspolitik beschäftigen und in einem internationalen Umfeld arbeiten. Der Kurs wird im Rahmen von PfP offeriert, steht aber auch Teilnehmern aus anderen Staaten offen.	GCSP	30/27
NISC 11 - "New Issues in Security Course" Der NISC ist ein jährlich durchgeführter, dreimonatiger Kurs, der sich mit aktuellen und künftigen Herausforderungen der globalen Sicherheit befasst. Der Kurs richtet sich an Personen, die sich beruflich mit Fragen der Sicherheitspolitik beschäftigen und in einem internationalen Umfeld arbeiten. Der Kurs wird im Rahmen von PfP offeriert, steht aber auch Teilnehmern aus anderen Staaten offen.	GCSP	29/29
Annual Senior Officers' Security and Law Conference, Genf Jährliche dreitägige Konferenz für höhere Stabsoffiziere und Rechtsexperten zu Fragen im Zusammenhang des Comprehensive Approach in multidimensionalen Missionen.	GCSP	44/21
Annual Senior Officers' Seminar (ASOS), Genf Jährliches dreitägiges Seminar für höhere Stabsoffiziere und höheres Kader aus Verteidigungsministerien.	GCSP	15/13
Defence Attaché Orientation Modules Jährliches dreitägiges Seminar für Vertreter von Verteidigungsministerien, die in einem multilateralen Umfeld eingesetzt werden. Der Kurs, der im Rahmen von PfP angeboten wird, steht auch Teilnehmern aus anderen Staaten offen.	GCSP	41/25

5.2 Weitere EAPC/PfP-Veranstaltungen der Schweiz

Veranstaltung	Organisation / Durchführung	Teilnehmer / Nationen
Ausbildungskurs Sicherheitssektorreform und gute Regierungsführung, Genf Ausbildung für Vertreter von Aussen- und Sicherheitsministerien aus Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien.	EDA, DCAF	14/3
Ausbildungskurs Sicherheitspolitik, gute Regierungsführung, Rechtsstaat und humanitäres Völkerrecht für afghanische Funktionäre, Baku (Aserbaidschan)	EDA, DCAF	21/1
Cooperative Development Team Training, Tartu (Estland) Beteiligung an einem dreitägigen Training für neue ADL Produktionsteams. Einsatz des ILIAS SCORM Editors und Coaching von Workshops.	ISN	
IISS Global Security Review, Genf Veranstaltungsreihe zu sicherheitspolitischen Themen wie Nonproliferation und nukleare Abrüstung, Energiesicherheit, Cyber-Bedrohung oder Afghanistan.	EDA, VBS, IISS	
Konferenz „Menschliche Sicherheit“, Rabat (Marokko) „Renforcer la sécurité humaine dans la zone Sahel-Maghreb occidental en développant des politiques de sécurité nationale“	EDA, DCAF	80/8
Nato Training ePrime, Baku (Aserbaidschan) Training für die Nutzung des Informationssystems ePrime für Nato/PfP-Aktivitäten.	ISN, Nato	
Teilnahme von Experten des GCSP an vier Ausbildungskursen zum PAP-DIB in Kabul, Kiew, Sarajevo und Oberammergau "Nato/PfP Defence Leadership in Building Integrity Foundation Course"	GCSP	
Zweiter runder Tisch von Chambésy, Genf "European Security Concepts and Threat Perceptions "	EDA, GCSP	34/10
12th Annual Middle East and North Africa Training Course on international security: New issues, Genf/Bern	EDA, GCSP	24/17
2010 Gstaad-Process "Beyond Geopolitics – Common Challenges, Joint Solutions?"	EDA, GCSP	35/4

5.3 Finanzen

Aktivitäten VBS	Betrag (in Fr.)	Aktivitäten EDA	Betrag (in Fr.)
Angebote der Schweiz (Kurse, Workshops etc.)	734'950	Angebote der Schweiz (Kurse, Workshops etc.)	371'776
Teilnahmen der Schweiz (Kurse, Workshops etc.)	666'527	Teilnahmen der Schweiz (Kurse, Workshops etc.)	3'649
Kooperationsprojekte (PfP-Treuhandfonds, Ausbildung)	1'623'056	Kooperationsprojekte (PfP Treuhandfonds, Ausbildung)	158'868
Aussenstellen (Mission bei der Nato in Brüssel und militärisches Berufspersonal bei NATO-Stellen)	536'976	Publikationen	21'691
Aufwendungen VBS	3'561'509	Aufwendungen EDA	555'984
Gesamtaufwendungen 2010			4'117'493

Die Aufwendungen für die Teilnahme der Schweiz an der Partnerschaft für den Frieden beliefen sich im Jahr 2010 auf rund 4.1 Mio. Franken. Im Vergleich zum Vorjahr wurde damit namentlich seitens VBS weniger ausgegeben (rund 1 Mio. Fr. weniger). Dies ergab sich hauptsächlich durch die Plafonierung des Friedensförderungskredites sowie durch Einsparungen bei den Reisekosten.

Im Bereich der Sicherheitspolitik gibt es zusätzliche Aktivitäten, die einen Zusammenhang mit der Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden haben können, aber nicht direkt Teil von ihr sind. Dazu gehören die Friedensförderungseinsätze der Armee (2010 rund 53 Mio. Fr.), die Teil sind des ordentlichen Budgets der Armee, oder die Tätigkeiten der Genfer Zentren und der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich, welche durch Jahresbeiträge des Bundes (DCAF: 10.3 Mio. Fr.; GCSP: 8.6. Mio. Fr.; ETH Zürich: 6.6 Mio. Fr.) abgedeckt werden und thematisch und geografisch über die Partnerschaft für den Frieden hinausgehen. Ebenfalls *nicht* enthalten sind die Aufwendungen des EDA für die zivile Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte, die mittels eines separaten vierjährigen Rahmenkredits beantragt werden und via andere multilaterale Gremien (vor allem innerhalb der UNO) oder im bilateralen Rahmen eingesetzt werden. Über alle der hier erwähnten Tätigkeiten werden separate Berichte an das Parlament erstellt.

5.4 Abkürzungen

Abkürzung	Bedeutung
BWL	Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung
CEP	Civil Emergency Planning
CSTO	Collective Security Treaty Organisation
DCAF	Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
EAPC	Euro-Atlantic Partnership Council
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
ETHZ	Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
GCSP	Geneva Centre for Security Policy
GICHD	Geneva International Centre for Humanitarian Demining
HEID	Institut des hautes études internationales et du développement
IMS	International Military Staff
ISAF	International Security Assistance Force
ISF	International Security Forum
ISN	International Relations and Security Network
KFOR	Kosovo Force
MSAG	Multinational Small Arms and Ammunition Group
Nato	North Atlantic Treaty Organisation
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PAP-DIB	Partnership Action Plan on Defence Institution Building
PAP-T	Partnership Action Plan against Terrorism
PARP	Planning and Review Process
PfP	Partnership for Peace
ePRIME	Partnership Real-Time Information, Management and Exchange System
SALW	Small Arms and Light Weapons
VBS	Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

5.5 Links

Partnerschaft für den Frieden (PfP), Schweizer Homepage	www.pfp.admin.ch
Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, ETH Zürich	www.css.ethz.ch
Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte	www.dcaf.ch
Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik	www.gcsp.ch
Schweizerische Mission bei der NATO	www.eda.admin.ch/eda/fr/home/topics/intorg/pfp.html